

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 25 – Beratungsstelle Frau und Beruf

Dazu sagt die frauenpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Marret Bohn:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 513.10 / 10.09.2010

Keine Alternative zu Frau und Beruf

Die elf Beratungsstellen Frau und Beruf leisten in Schleswig-Holstein hervorragende Arbeit. Das ist nicht nur unsere Meinung, sondern auch die des Ministers für Justiz, Gleichstellung und Integration. So geäußert auf der Veranstaltung zum 20-jährigen Jubiläum von Frau und Beruf auf Schloss Gottorf.

Zur Arbeit von Frau und Beruf gibt es keine Alternative. Doppelstrukturen will die Haushaltsstrukturkommission von CDU und FDP gesichtet haben, aber weder Staatskanzlei noch Justizministerium haben diese Formulierung übernommen. So steht es klipp und klar in der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der Kollegin Prante. Frau und Beruf zukünftig geringer und ab 2014 gar nicht mehr zu fördern, ist nicht inhaltlich begründet, sondern geht ausschließlich auf finanziellen Zwänge zurück. So ist es in Drucksache 17/715 nachzulesen.

Politische Entscheidungen ausschließlich an finanziellen Argumenten auszurichten, ist falsch. Natürlich können wir finanzielle Gegebenheiten nicht ignorieren. Natürlich sehen wir den enormen Spardruck und wir stehen hinter der Schuldenbremse. Aber sachliche Argumente müssen bei der Entscheidung über politische Prioritäten berücksichtigt werden.

Für uns hat die Beratung von Frauen über ihre berufliche Zukunft Priorität. Deswegen wollen wir, dass die Beratungsstellen Frau und Beruf erhalten bleiben. Ja, die aktuelle Förderperiode des Europäischen Sozialfonds läuft 2013 aus. Aber der Fonds wird nicht abgeschafft, er geht nur in Neuauflage. Meinen Sie wirklich, dass in der nächsten Förderperiode Arbeitsmarkt und Gleichstellung keine Rolle mehr spielen werden?

Das ist doch wirklich sehr unwahrscheinlich. Deshalb wird es auch ab 2014 möglich sein, mit einer anteiligen Landesförderung EU-Gelder nach Schleswig-Holstein zu bringen.

Frau und Beruf leistet gute Arbeit: Individuelle Beratung von Frauen rund um das Thema Arbeit. Genau aus diesem Grund haben sie eine hohe Erfolgsquote. Dass die Beratung nicht nur für die Frauen wichtig ist, sondern auch für die ArbeitgeberInnen, haben inzwischen auch die Unternehmen in der Region gemerkt. Sie wissen das Engagement und die Leistungen von Frau und Beruf zu schätzen und arbeiten gerne mit den BeraterInnen zusammen.

Das ist eine klassische Situation, in der alle Beteiligten profitieren. Diesen Erfolg erkennen alle an. Vor allem vor dem Hintergrund der Kürzungen, die schon in den letzten Jahren erfolgt sind: Noch 2003 lag der Landeszuschuss bei 1,2 Millionen Euro. Er wurde heruntergefahren zunächst auf 870.000 Euro, dann 770.000 Euro und in 2006 auf die jetzigen 670.000 Euro. Hinzukommen steigende Sach-, Miet- und explodierende Energiekosten.

Irgendwann ist das Ende der Fahnenstange erreicht. Und das ist jetzt der Fall! Wir Grünen wollen, dass Frau und Beruf auch zukünftig gute Arbeit für Frauen und für ArbeitgeberInnen in Schleswig-Holstein leisten kann. Wir wollen, dass die Beratungsstellen von Frau und Beruf erhalten bleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
die Beratungsstellen Frau und Beruf haben in den letzten 20 Jahren Erfahrung und Kompetenz im Bereich der beruflichen Integration von Frauen aufgebaut. Diese Strukturen wollen CDU und FDP jetzt zerschlagen. Das ist gerade in Zeiten von Fachkräftemangel der falsche Weg. Die ArbeitgeberInnen sind froh über jede weibliche Fachkraft, die nach einer Beratung bei Frau und Beruf ihre Arbeit aufnehmen kann.

Die Beratungsstellen Frau und Beruf haben im Jahr 2009 9.810 Einzelberatungen durchgeführt. Neben der beruflichen Zukunft ging es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Beratungsstellen nutzten hierbei ihre regionalen Kontakte zu ArbeitgeberInnen. Für alle Beteiligten sind die vorhandenen Strukturen sinnvoll, erforderlich und wichtig. Deswegen unterstützen wir den Antrag.
